



impulse

02/2013

Das Magazin des Kunststoffrohrverbandes

Niedrige Strompreise und verlässliche Netze –
Energiepolitische Vorstellungen des KRV
KRV-Positionspapier zur Energiepolitik

Energieverbrauch und Effizienzmaßnahmen

Die Unternehmen der Kunststoffrohr-Industrie begrüßen die aktuelle Diskussion über die Reform des Energiesektors. Im Fokus steht dabei eine Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Marktdesign

Angesichts der in den vergangenen Jahren massiv gestiegenen Stromkosten sieht die Kunststoffrohr-Industrie dringenden Handlungsbedarf. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass die deutsche Volkswirtschaft nicht unter der Last der hiesigen, beispiellos hohen Energiepreise kollabiert. Die Diskussion über ein grundlegend neues Marktdesign ist daher nicht nur richtig – sie war längst überfällig. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass es nicht nur bei kosmetischen Korrekturen, wie beispielsweise einer Senkung der Stromsteuer, bleibt, sondern dass die Reformen nachhaltig angegangen werden.

Effizienzmaßnahmen

Für die Mitgliedsunternehmen des KRV genießt der ressourceneffiziente Umgang mit Energie oberste Priorität. Energieeffizienzmaßnahmen spielen eine wichtige Rolle, um Nachhaltigkeitsvorgaben zu erfüllen und gleichzeitig im internationalen Markt bestehen zu können.

Diese kostenintensiven Investitionen vermögen es jedoch nicht, die Preissteigerungen im Energiebereich zu kompensieren. Die KRV-Mitgliedsunternehmen rufen die Politik dazu auf, bei dem Management der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland

produzierenden Unternehmen im Blick zu behalten. Weitere Preissteigerungen der Energiekosten in den kommenden Jahren würden für viele KRV-Mitgliedsunternehmen zu einem existenzbedrohenden Problem werden.



Effizienzmaßnahmen

- Einführung von Energiemanagementsystemen
- Optimierung technischer Komponenten; isolierte Extruder (Maschinen zur Herstellung und Formung von industriellen Erzeugnissen wie Kunststoffteilen)
- Investitionen in neue, energieeffizienter Industriemaschinen und Kühlsysteme
- Intensivere Nutzung der Abwärme und sparsamerer Umgang mit Druckluft
- Kontinuierliche Schulungen des Personals



Entwicklung des Strompreises

Dimension und Auswirkungen der Strompreiserhöhungen für die KRV-Mitgliedsunternehmen

Kostenfaktor: EEG-Umlage

Die Kunststoffrohr-Industrie sieht sich seit Jahren massiv steigenden Energiekosten ausgesetzt. Zentraler Kostentreiber ist die EEG-Umlage. Durch die fest vereinbarte Förderung von Ökostrom hat sich ein Steigerungsautomatismus entwickelt, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft bedroht. In den vergangenen Jahren ist die Umlage von 2,047 (2010) zunächst auf 3,53 ct/kWh (2011), dann auf 3,59 ct/kWh (2012) und jetzt auf aktuell 5,277 ct/kWh (2013) gestiegen. Für 2014 wird eine Höhe von bis zu 7 ct/kWh prognostiziert. Damit hätte sich die EEG-Umlage binnen kurzer Zeit mehr als verdreifacht.

Diese Belastungen zeigen, dass insbesondere die Förderung gemäß EEG so nicht mehr verantwortbar ist: Bis 2020 beträgt die Subventionierung der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen rund 150–170 Milliarden Euro! Angesichts eines nahezu unbeschränkten Zubaus von Ökostromkapazitäten bedarf es eines grundlegenden Kurswechsels.

Anteil Energiekosten

Die KRV-Mitgliedsunternehmen sind individuell unterschiedlich, insgesamt jedoch stark von den hohen Energiekosten betroffen. So bilden die Ausgaben für Energie bei den Rohherstellern den viertgrößten Kostenblock nach Material-, Personalkosten und Abschreibungen. Gerade weil die Kunststoffrohrindustrie international ausgerichtet ist und sich zum

Beispiel bei EU-weiten Ausschreibungen direkt im Wettbewerb mit europäischen Herstellern befindet, können die steigenden Energiekosten nicht über höhere Produktpreise an die Verbraucher weitergegeben werden. Dies stellt einen eklatanten Wettbewerbsnachteil für deutsche Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz dar.

Aber auch Mitgliedsunternehmen wie die Kunststoffherzeuger, die aufgrund ihrer hohen Energiekosten von der EEG-Umlage befreit sind, würden bei einer Rücknahme der Ausnahmeregelungen überproportional belastet. Massive volkswirtschaftliche Auswirkungen würden beispielsweise etwaige Nachzahlungen – sofern die Europäische Kommission die Ausnahmen von der EEG-Umlage für die Industrie als ungerechtfertigte Beihilfe qualifizieren sollte – in Kombination mit weiteren Preissteigerungen haben. Sollte es dazu kommen, wären Standortverlagerungen nicht mehr per se auszuschließen, mit der Folge, dass Arbeitsplätze und Know-how in Deutschland verloren gehen. Angesichts dieser schwierigen Rahmenbedingungen trägt die Politik die Verantwortung dafür, den Kostendruck für Unternehmen insgesamt zu senken.

Offshore-Umlage

Doch nicht nur die EEG-Umlage ist ein Kostentreiber. So büdet die Offshore-Umlage (0,25 ct/kWh und ab 1.000.000 kWh p.a. 0,05 ct/kWh), nach der Haftungskosten bei Unterwasser-Netzanschlüssen an die Verbraucher

weitergereicht werden können, den KRV-Mitgliedsunternehmen die Risiken der Windenergiebranche auf. Dies stellt eine unzulässige Externalisierung möglicher Haftungsansprüche bei gleichzeitiger Privatisierung von Gewinnen zugunsten der Windkraftanlagenbetreiber dar.

Verlässliche Netze

Ein weiteres Problem sind die zunehmenden Spannungsabfälle, zum Beispiel bei Gewittern. Gerade das produzierende Gewerbe ist auf verlässliche Netze angewiesen. Produktionsausfälle bei der Kunststoffrohr-Industrie – infolge einer instabilen Stromversorgung – verursachen Kosten von bis zu 20.000 € pro Produktionsunterbrechung. Diese Zahl verdeutlicht, dass sich die Politik dringend dieses Themas annehmen muss.

Made in Germany?

Auf Dauer wird die Kunststoffrohr-Industrie nicht in der Lage sein, die Kosten für Erneuerbare Energien zu kompensieren, im Gegenteil: Steigende Preise für Kunststoffrohre infolge höherer Ausgaben für Energie würden sich nachteilig auf Wirtschaft, private Haushalte sowie öffentliche Budgetplanungen (Infrastrukturausgaben) auswirken. Letztendlich bestünde die Gefahr, dass deutsche Unternehmen ins europäische Ausland abwandern und das Qualitätssiegel „Made in Germany“ in der Kunststoffrohr-Industrie nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Energiepolitische Forderungen des KRV

Deutschland benötigt ein neues Strommarktdesign. Kosmetische Korrekturen reichen nicht aus, um die Herausforderungen nachhaltig angehen zu können.

Nachhaltige Reformen

Deutschland benötigt ein neues Strommarktdesign. Kosmetische Korrekturen reichen nicht aus, um die Herausforderungen nachhaltig angehen zu können. Zudem dürfen nicht die Symptome der Krise mit den Ursachen verwechselt werden. Die hohen Energiekosten sind die Folgen eines Fehlers im System. Kurzfristige Maßnahmen, um Kostenspitzen abzuschwächen, sind keineswegs ausreichend. Wenn das gesamte Reformvorhaben sich nur auf Einzelmaßnahmen – wie z.B. die Senkung der Stromsteuer – beschränken würde, wäre das fatal. Der KRV appelliert eindringlich an die Politik, einen strukturellen Umbau des Energiemarktes mit dem Ziel von mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Versorgungssicherheit und mehr Effizienz voranzutreiben.

Weniger Komplexität und mehr Transparenz

Seit seiner Einführung im Jahr 2000 ist das EEG viermal novelliert worden: 2004, 2008, 2011 und 2012. Mit jeder Novellierung (zuletzt Photovoltaik-Novelle im Juni 2012) wurden zahlreiche und umfangreiche Änderungen wirksam. Geregelt werden im EEG u.a. die Anschluss- und Abnahmepflicht, die EEG-Umlage, die Sonderregelungen für stromintensive Unternehmen, die Ausgleichsmechanismusverordnung und Entschädigungszahlungen für nicht eingespeiste Strommengen. Das Ergebnis ist bekannt: Ein Paragraphen-Dschungel aus juristischen Regeln, der nur noch von wenigen Fachleuten durchschaut wird. Ein-

fachheit und Klarheit bleiben auf der Strecke. Schwindendes Vertrauen und sinkende Akzeptanz bei Unternehmen und Verbraucher sind die Folge. Daher fordern wir bei der notwendigen EEG-Reform weniger Komplexität und mehr Transparenz.

Pauschalisierte Förderung unzeitgemäß

Ein zentraler Kostentreiber ist, wie bereits erörtert, die pauschalisierte Förderung von Ökostrom durch das EEG jenseits marktwirtschaftlicher Mechanismen. Vor wenigen Jahren, als der Anteil Erneuerbarer Energien am Strommix noch weitaus geringer als heute

war, hatte diese Anschubfinanzierung noch ihre Berechtigung. Heute jedoch, bei einem Ökostromanteil von rund 23 Prozent (2012), ist eine pauschalisierte Förderung nicht mehr zeitgemäß und daher grundlegend überarbeitungsbedürftig.

Ein weiteres Problem ist, dass durch die permanent steigenden Energiepreise die Akzeptanz für Ökoenergie bei Unternehmen und Bürgern zu schwinden droht. Eine fatale Entwicklung, der im Rahmen einer Reform des EEG entgegengewirkt werden muss.



Maßnahmenkatalog für eine Entlastung

Der KRV spricht sich für weniger Staatsinterventionismus beim EEG aus. Stattdessen müssen marktwirtschaftliche Elemente massiv gestärkt werden, um weitere Preiserhöhungen einzudämmen. Um bereits zeitnah Entlastungen für Wirtschaft und Bürger erzielen zu können, plädiert der KRV für folgende Maßnahmen:

► Wegfall der Härtefallregelung für EEG-Neuanlagen

Durch die Härtefallregelung nach §12 EEG haben EEG-Anlagenbetreiber gegenüber den Netzbetreibern einen Entschädigungsanspruch, falls im Rahmen eines Netzengpasses die EEG-Einspeisung reduziert werden muss. Die Kosten werden auf die Endabnehmer – Unternehmen und Bürger – abgewälzt. Entfiele diese Regelung zumindest für Neuanlagen, so gäbe es einen marktökonomischen Anreiz, EEG-Neuanlagen vorwiegend dort aufzubauen, wo verfügbare Netzkapazitäten zu erwarten sind. Auf diese Weise würde die Marktintegration regenerativer Energien vorangetrieben.

► Schrittweise Stärkung der Direktvermarktung

Das Einspeiseprivileg nach §8 EEG muss reformiert werden. Denn: §8 EEG verpflichtet Netzbetreiber, den angebotenen Strom aus EEG-

Anlagen vorrangig abzunehmen. Folglich haben Erzeuger von Ökostrom keine Anreize, die von ihnen erzeugte Elektrizität selbst zu vermarkten. Konsequenterweise ist die Anzahl von „Direktvermarktern“ vergleichsweise gering. Das Einspeiseprivileg verhindert eine Stärkung marktwirtschaftlicher Elemente und gehört perspektivisch abgeschafft.

► Senkung der Stromsteuer

Eine Senkung der Stromsteuer würde den Kostendruck für die Kunststoffrohr-Industrie zwar nur marginal, dafür aber nachhaltig verringern. Daher plädiert der KRV für eine Reduzierung des Steuersatzes. Zugleich weisen wir nachdrücklich darauf hin, dass eine solche Maßnahme nicht zu verringerten Reformbemühungen führen darf.

► Rücknahme der Offshore-Umlage

Wie bereits auf Seite 3 erörtert, stellt die Offshore-Umlage eine unzulässige Belastung der

KRV-Unternehmen dar. Die Umlage sollte daher komplett gestrichen werden.

► Verlässliche Netze

Der Industriestandort Deutschland ist auf eine verlässliche Stromversorgung angewiesen, da selbst minimale Spannungsschwankungen zu Betriebsausfällen und somit zu hohen Kosten führen können. Vor diesem Hintergrund ist mit Priorität das Vorhandensein eines zu jeder Zeit belastbaren Energienetzes sicherzustellen.

► Harmonisierung der Energiewende

Der Energiemarkt richtet sich nicht nach Grenzen. Transnationale Netze sind heute Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt. Vor diesem Hintergrund bedarf es einer Harmonisierung des Marktdesigns auf europäischem Level.

Fazit

Die Energiewende ist eine der dringlichsten Aufgaben der kommenden Jahre. Die Kunststoffrohr-Industrie wird ihren Teil dazu beitragen, Effizienzmaßnahmen voranzutreiben und ihren Ressourcenverbrauch weiter zu reduzieren. Dieser unternehmerischen Verantwortung stellen wir uns bereits jetzt – und werden dies auch in Zukunft tun.

Zugleich plädiert der KRV eindringlich an die Parteien in Deutschland, die Energiewende nicht zum Opfer parteitaktischer Interessen zu machen. Ob Bund oder Länder – nur gemeinsam wird es möglich sein, Planungssicherheit für die kommenden Jahre zu erreichen, den Automatismus rasant steigender Energiepreise zu beenden und die Verlässlichkeit des deutschen Stromnetzes zu gewährleisten.

Wir werden uns an der politischen Debatte über ein neues Marktdesign konstruktiv beteiligen und freuen uns bereits jetzt auf den Austausch mit Ihnen!



Kunststoffrohrverband e.V.

Münsterstraße 5, Haus 2a
59065 Hamm

Telefon: +49-(0)2381/97 55 98-0
E-mail: info@krv.de

www.krv.de

Ihre Ansprechpartner

Geschäftsführer
Dipl.-Ing. Markus Hartmann
markus.hartmann@krv.de

Projektmanager
Technik/Hochschulen
Dipl.-Ing. Andreas Redmann
andreas.redmann@krv.de

Office-Assistentin
Julia Vedder
julia.vedder@krv.de